

# Nicht alle jungen Lehrer/innen werden eingestellt

**Lehrereinstellung 2010:** In den verschiedenen Schularten ist die Einstellungssituation für junge Kolleg/innen in diesem Sommer sehr unterschiedlich. Und es wiederholt sich das alljährliche Ritual: Im Sommer werden hoch qualifizierte junge Lehrer/innen nicht eingestellt, im Herbst klagt die Schulverwaltung, dass keine Krankheitsvertretungen mehr „auf dem Markt“ zu bekommen seien.



Stefan Bauer,  
HPR GHRS

## **GHRS:** **Klassenteilersenkung schafft nur teilweise Entlastung**

Für den Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulbereich (GHRS) gab es auch in diesem Jahr nur für gut ein Drittel der Bewerber/innen eine Stelle an einer staatlichen Schule. Das Land Baden-Württemberg entlässt auch im Jahr vor der Landtagswahl viele gut ausgebildete Lehrkräfte in die Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Insgesamt gab es ca. 2.270 Stellenangebote für den Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulbereich bei rund 6.250 Bewerbungen. Rund 40 Prozent der Stellen über die genannten Schularten hinweg wurden über Stellenausschreibung direkt bei den jeweiligen Schulen vergeben.

**Grund- und Hauptschule:** Noch im März hat das Kultusministerium (KM) alle Anwärter/innen für den GH-Bereich angeschrieben. Im Schreiben war zu lesen, dass auf Grund der Senkung des Klassenteilers in der Grundschule für den Sommer 2010 rund 2.000 Einstellungsmöglichkeiten zu erwarten sind. Tatsächlich werden aber nur rund 1.660 Bewerber/innen ein Stellenangebot erhalten. Die Einstellungschance war für Kolleg/innen mit Mangelfach (z.B. Technik, Physik, Sport) besser. Auffällig ist die hohe Zahl an Einstellungen für Personen mit dem Stufenschwerpunkt Hauptschule. Im Grundschulbereich erhielten dagegen auch Bewerber/innen mit hervorragenden Abschlüssen kein Angebot. In welchem Zusammenhang dies mit der Senkung des Klassenteilers für die Grundschule steht, kann wohl nur das KM beantworten.

**Realschule:** Viele Anwärter/innen hoffen vergeblich auf ein An-

gebot. Neben der auch hier deutlich besseren Chance auf eine Einstellung mit einem Mangelfach, sind vor allem regionale Einstellungsunterschiede auffällig. Im Regierungspräsidium (RP) Stuttgart wurden vergleichsweise viele Personen eingestellt. Da es dem KM weiterhin nicht gelingt (oder dies nicht möchte), die Bewerber/innen frühzeitig über die Einstellungsmöglichkeiten in den einzelnen Regionen zu informieren, wird es den jungen Lehrkräften nicht ermöglicht, bereits im Vorfeld entsprechend auf die Stellensituation zu reagieren. Ein Hoffnungsschimmer ist immerhin die Chance, im Nachrückverfahren ein schulscharfes Angebot an einem Gymnasium oder an einer beruflichen Schule zu erhalten.

**Sonderschule:** Hier entspannt sich die Einstellungssituation nur leicht auf Grund der zurückgehenden Zahl an Bewerber/innen. Da in diesem Bereich aber nach sonderpädagogischen Fachrichtungen eingestellt wird, gab es vor allem für Lehrkräfte mit den Fachrichtungen Geistig- und Körperbehindertenpädagogik kaum Einstellungsmöglichkeiten für den öffentlichen Schuldienst. Hier, aber auch in den anderen Fachrichtungen, sind die jungen Kolleg/innen auf Angebote aus dem Privatschulbereich angewiesen.

**Fachlehrer/innen:** Sowohl bei den musisch-technischen, als auch bei den Fachlehrer/innen an Sonderschulen ist die Einstellungssituation weiterhin unbefriedigend. Da diese Lehrkräfte in anderen Bundesländern praktisch keine Einstellungschancen haben, ist hier die Einstellungssituation besonders prekär. Das Land Baden-Württemberg ist verpflichtet, die-

sen Lehrer/innen eine Perspektive für den angestrebten Beruf aufzuzeigen.

Wie im jeden Jahr wird das KM die Einstellung als großen Erfolg feiern, die tatsächlichen Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache. Dem KM gelingt es nicht, einer größeren Zahl an Bewerber/innen eine Einstellung anzubieten, obwohl an den Schulen der Bedarf an neuen Lehrer/innen unvermindert groß ist. Bei der letzten großen Einstellungsmöglichkeit vor der Landtagswahl hätten nicht nur die Schulen und die Lehrkräfte ein deutlicheres Signal erwartet. Die von der GEW seit Jahren geforderte Aufstockung der festen Krankheitsreserve wäre eine sinnvolle Möglichkeit, den Schulen größere Entlastung und den jungen Lehrkräften zusätzliche Einstellungsperspektiven zu bieten.

Stefan Bauer, HPR GHRS

## **Gymnasien:** **Einstellungen stagnieren – Schülerzahlen steigen**

Durch die anhaltend steigenden Übergangszahlen, Zusatzbedarf durch G8, Reparaturmaßnahmen im G8, Erhöhung der Leitungszeit und die Senkung des Klassenteilers sind an den Gymnasien im vergangenen Jahr die Einstellungsbedingungen für die Referendar/innen sehr gut gewesen. Vor allem in den Mangelfächern Mathematik, Naturwissenschaften, Latein und Spanisch konnte der Bedarf nicht gedeckt werden – die Bugwelle an den Gymnasien beträgt inzwischen über 800 Deputate. Dementsprechend waren auch für 2010 gute Einstellungschancen zu erwarten, zumal die zugesagten zusätzlichen Ressourcen für die dop-



Monika Gessat  
HPR Gym

## Lehrereinstellung 2010: Einstellungen und Bewerbungen

(Vorläufige Zahlen, laufendes Einstellungsverfahren kann noch zu geringfügigen Veränderungen führen)

	Einstellungen (Personen)				Bewerbungen	
	2010	in %	2009	in %	2010	2009
<b>Grund- und Hauptschulen</b>	1.660	45 %	900	27 %	3.680	3.303
<b>Realschulen</b>	710	48 %	750	42 %	1.480	1.794
<b>Sonderschulen</b>	210	41 %	195	30 %	510	641
<b>Musisch-technische Fachlehrer/innen</b>	105	39 %	100	35 %	270	287
<b>Fachlehrer/innen Sonderschule*)</b>	85	65 %	95	70 %	130	136
<b>Gymnasium</b>	ca. 1.600	70 %	1.760	73 %	2.278	2.425
<b>Berufliche Schulen</b>	<1.000	84 %	970	76 %	1.188	1.284
<b>Summe (ca.)</b>	5.370	56 %	4.770	48 %	9.533	9.870

\* davon sind 105 Techn. Lehrer/innen/Fachlehrer/innen

pelte Kursstufe einen weiteren Stellenzuwachs versprochen. Die Einstellungschancen für Bewerber/innen an die Gymnasien stellen sich aus heutiger Sicht aber negativer dar als im Herbst 2009 vom KM angekündigt.

Die ersten Prognosen gingen von 1.600 Stellen aus, 150 Stellen mehr als 2009, unter Berücksichtigung des Teilzeitfaktors sollte der Einstellungsbedarf bei 1.800 bis 1.900 Personen liegen. Dem standen ca. 1.600 Referendar/innen aus Baden-Württemberg gegenüber, von denen erfahrungsgemäß nicht alle in die öffentlichen Gymnasien streben, weil sie entweder in die Privatschulen abwandern oder in andere Bundesländer wechseln. Da die Zahl der Altbewerber/innen im gymnasialen Bereich seit Jahren sinkt, war auch aus diesem Bereich keine nennenswerte Entlastung zu erwarten. Um die Lehrerversorgung im Schuljahr 2010/11 zu sichern hat der Hauptpersonalrat (HPR) erneut einem Sonderausschreibungsverfahren im November 2009 zugestimmt, obwohl die Erfahrungen aus dem Vorjahr eher zwiespältig waren: Positiv war, dass viele Neubewerber/innen eine frühe Einstellungszusage bekommen konnten; es gab aber auch von Referendar/innen die Rückmeldung, dass das Novemberverfahren in ver-

schiedener Hinsicht als problematisch erfahren wurde. Außerdem bedeuteten die Bewerbergespräche oft einen unverhältnismäßigen Aufwand für Schulleitungen und Örtliche Personalräte. Nicht zuletzt blockierte das Novemberverfahren Kolleg/innen, die sich versetzen lassen wollen.

Im Frühjahr 2010 stellte sich die Situation dann unerwartet anders dar: Anstelle der ca. 1.600 Stellen waren es noch 1.400, von diesen waren durch die Ausschreibungsverfahren im November und im Februar (ländlicher Raum) bereits 66 Prozent besetzt. Das „Hauptausschreibungsverfahren“ im April fiel im Bereich des RP Tübingen vollständig aus, nur an den RPn Karlsruhe und Stuttgart wurden nennenswerte Ausschreibungen genehmigt. Nach Abschluss aller vorgezogener Verfahren waren 1.088 Stellen (78 Prozent) der verfügbaren Stellen besetzt, auch durch Bewerber/innen aus anderen Bundesländern, die durch Anzeigen in großen Tageszeitungen angeworben wurden.

Vor der Hauptauswahlsitzung Ende Mai waren die Stellenkontingente am RP Freiburg weitgehend ausgeschöpft, gut war die Lage nur noch in Stuttgart, insgesamt waren noch 313 Stellen zu besetzen. Etwa 800

Bewerber/innen hatten zu diesem Zeitpunkt noch kein Einstellungsangebot, viele mit den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und Geschichte. Für diese Fächer werden erfahrungsgemäß wenige Stellen schulscharf ausgeschrieben, weil die Schulen über die Ausschreibungen zunächst in den Mangelfächern den Lehrerberdarf sichern wollen. 243 Personen bekamen ein Stellenangebot im gymnasialen Bereich. Knapp hundert Stellen im Bereich des RP Stuttgart konnten aber nicht besetzt werden, obwohl es genügend gut qualifizierte Bewerber/innen für die noch zu besetzenden Stellen gegeben hätte, weil der regionale Bedarf nach Fächern und die von den Bewerber/innen angegebenen Ortswünsche nicht zusammenpassten. Die noch nicht besetzten Stellen standen ab 28. Juni 2010 online im Netz.

**Ausblick:** Drei Ausschreibungsverfahren pro Schuljahr sind für Schulleitungen und Örtliche Personalräte unzumutbar. Ein weiteres Novemberverfahren ist verzichtbar, dies umso mehr, als die Zahl der Bewerber/innen für die Einstellung an das Gymnasium im kommenden Jahr wegen der starken Referendarsjahrgänge weiter steigen wird, während gleichzeitig die Zahl der zu besetzenden Stel-



len sinken soll. Die GEW-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass zum Erhalt einer hohen Einstellungsquote alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, z.B. durch Abbau der Bugwelle ab dem kommenden Jahr.

Monika Gessat, HPR Gym



Peter Koch, HPR BS

### **Berufliche Schulen: Knapp 1.000 Einstellungen – aber Verdopplung der Bugwelle!**

Nach den Sommerferien werden wie im Vorjahr knapp 1.000 neue Lehrkräfte an den beruflichen Schulen des Landes ihren Unterricht aufnehmen. Nach wie vor muss das KM auf Direkteinsteiger/innen und Gymnasiallehrkräfte zurückgreifen. Obwohl das KM nach außen eine leichte Entspannung der Unterrichtsversorgung propagiert, hat sich die Bugwelle innerhalb von drei Jahren auf 1.414 Deputate verdoppelt! Und es ist keine Lösung zur Beseitigung der mangelnden Unterrichtsversorgung in Sicht.

**Ausgangssituation:** In diesem Schuljahr hat sich das strukturelle Unterrichtsdefizit leicht von 4,6 auf 4,5 Prozent abgesenkt. Das könnte auch im nächsten Schuljahr so weitergehen. Von den 100 zusätzlich geschaffenen Deputaten im letzten Jahr bleiben 75 im System, ansonsten werden alle freierwerdenden Stellen wieder besetzt. Der Schülerrückgang an beruflichen Schulen nach der neuesten Prognose des Statistischen Landesamtes soll 9.000 (7.800 Teilzeit-, 1.200 Vollzeitschüler/innen) betragen und damit ca. 180 Deputate freisetzen. Allerdings war auf die Prognosen in den letzten Jahren kaum Verlass, weil sie die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die ins berufliche Schulwesen strömenden Schüler/innen nicht nachvollziehen konnte. Zufriedenheit ist aber keinesfalls angesagt. Das strukturelle Unterrichtsdefizit bleibt im Wesentlichen erhalten.

**Verfügbare Stellen:** Die verfügbaren Stellen (867) haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht um

etwa 20 Stellen erhöht. Die Stellen setzen sich zusammen aus 467 z.B. durch Pensionierung freigewordenen Stellen, 323 zweckgebundene Stellen sowie einen erhöhten „Swing“ von 100 Stellen. Zu den zweckgebundenen Stellen zählen 243 Stellen, die durch die Absenkung des Klassenteilers auf 31 Schüler/innen pro Klasse gebraucht werden. Für zusätzliche Klassen in der Erzieher/innenausbildung werden 50 Stellen zur Verfügung gestellt. Aus den Zeiten des Bewerbermangels werden 70 an andere KM-Bereiche ausgeliehene Stellen in dieser und der nächsten Einstellungsrunde an den Bereich der beruflichen Schulen zurückgegeben. Dazu kommen noch 96 Stellen für Technische Lehrkräfte und Fachlehrer/innen.

**Laufbahnbewerber/innen und Direkteinsteiger/innen:** Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Laufbahnbewerber/innen aus den Seminaren von 520 auf 470 zurückgegangen. Die Referendar/innen und Altbewerber/innen bekommen fast alle ein Einstellungsangebot (96 Prozent). Das KM ist also nach wie vor auf Direkteinsteiger/innen aus der Wirtschaft angewiesen, will es alle Stellen besetzen. Die Bewerberzahl dieser Gruppe liegt unvermindert hoch bei 695 Bewerbungen. Durch die bundesweite Werbekampagne versuchten immerhin 36,9 Prozent der Bewerber/innen ihr Glück an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg. Auffällig ist auch, dass 9 von 10 Direkteinsteiger/innen (630) an gewerbliche Schulen gehen wollten, sicherlich begründet durch die Einführung von Zulagen in den berufsbezogenen Fächern Metall und Elektrotechnik.

In den allgemein bildenden Fächern konnte die weiterhin sinkende Zahl der Bewerber/innen aus den Seminaren (99) durch eine überraschend hohe Anzahl von 113 Gymnasiallehrer/innen (Vorjahr 56) und zusätzlich 30 Realschullehrer/innen (Vorjahr 44) ausgeglichen werden. Die gymnasialen Bewerber/innen konnten

bereits in der Novembereinstellung an die beruflichen Schulen gebunden werden. Diese frühe November-Einstellungsrunde wird sehr wahrscheinlich im nächsten Schuljahr nicht mehr stattfinden.

Politischen Druck erhofft man sich durch die Ergebnisse in der

vom Landtag einberufenen Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“. Der stellvertretende GEW-Vorsitzende Michael Futterer hatte in seinem Beitrag vor der Kommission mindestens 1.180 zusätzliche Stellen gefordert, um

die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen sicherzustellen. Dabei ging die GEW noch von der „Bugwelle“ mit 757 Deputaten aus. Entsprechend muss nun also die Forderung um weitere 200 Deputate zum Abbau der Bugwelle erhöht werden!

Peter Koch, HPR BS

## Der Kommentar: Klassenteilersenkung reduziert Lehrerarbeitslosigkeit

Auf rund 5.400 Einstellungen bei 9.500 Bewerbungen sind die Zahlen in diesem Jahr angestiegen. Mehr als 95 Prozent der Einstellungsentscheidungen sind zum jetzigen Zeitpunkt getroffen. Weitere Einstellungen gibt es nur noch, wenn Bewerber/innen ihr Angebot ablehnen. Vielleicht bringt auch die so genannte Swingabrechnung noch ein paar Stellen gegen Ende der Sommerferien. Die etwas höhere Zahl darf nicht über die weiterhin bestehende Lehrerarbeitslosigkeit hinwegtäuschen:

Nur der Klassenteilersenkung in allen Schularten ist es zu verdanken, dass sich die Einstellungs-chancen gegenüber dem Vorjahr verbessert haben.

Die Bewerberzahl für Grund- und Hauptschulen ist um rund 10 Prozent angestiegen. In den anderen Bewerbergruppen ist sie nur leicht zurückgegangen.

Bei den Grund- und Hauptschulen wären ohne Klassenteilersenkung zwei Drittel weniger eingestellt worden.

Erneut werden allein bei den Grund- und Hauptschulen rund 45 Einstellungen durch die erhöhte Unterrichtsverpflichtung der Anwärter/innen vernichtet: Arbeitszeiterhöhung vernichtet Arbeitsplätze.

Es trifft zu, dass keine Stellen gestrichen wurden. Allerdings ist es bildungspolitisch falsch und entlarvend wie das Land Baden-Württemberg mit den 450 Grund- und Hauptschulstellen umgeht, die durch den Schüler-

rückgang und durch die politisch gewollte Konzentration der Hauptschüler/innen auf größere Werkrealschulen rechnerisch frei wurden. Mit diesen Stellen wird der Lehrerbedarf an Gymnasien für G 8 und die Beratung in der Oberstufe sowie bilinguales Lernen in der Realschule gedeckt. Sie werden nicht in der Grundschule eingesetzt, wo die Unterstützung wirkungsvoll und notwendig ist oder dort, wo die benachteiligten Schüler/innen sind – in der Hauptschule.

Auffällig ist, dass trotz weiter dramatischen Rückgangs der Übergangsquote auf die Hauptschule überproportional Lehrkräfte mit Schwerpunkt Hauptschule eingestellt wurden. Folglich brauchen Grundschullehrkräfte deutlich bessere Noten für die Einstellung als Hauptschullehrer/innen.

Bei den musisch/technischen Fachlehrer/innen wurden nicht einmal zehn Prozent in der Hauptzuweisung an Grund- und Hauptschulen eingestellt. Die Mehrheit geht an Realschulen. Dabei ist die Ausbildungs- und Prüfungsordnung eindeutig auf Grund- und Hauptschule hin orientiert. Ganz offensichtlich ist es schwierig, Fachlehrer/innen optimal an kleinen Schulen einzusetzen.

Bei den Realschulen werden mehr Bewerber/innen über die schulbezogenen Ausschreibungen und das Verfahren Zusatzqualifikation als über das Listenverfahren eingestellt. Damit

werden die Listeneinstellungen aufgrund ihrer niedrigen Zahl ein Lotteriespiel.

Dass auch bei den Sonderschullehrer/innen nur 40 Prozent der Bewerber/innen eingestellt werden, ist ein Hinweis darauf, dass weder dem Unterricht an Sonderschulen noch der Ausstattung der allgemeinen Schulen beim Aufbau der Inklusion Priorität eingeräumt wird.

Die Zahl der Eingestellten könnte höher sein, wenn in spürbarem Umfang Teilzeit gewählt worden wäre. Schuld an der niedrigen Teilzeitquote ist ganz offensichtlich der Druck, den Schulleitungen bei den Bewerber- und Beteiligungsgesprächen bezüglich voller Deputate ausüben. Schulleiter/innen sichern sich auf diesem Wege Stunden, die sie über andere Zuweisungen nicht bekommen würden. Dies ist für die Einarbeitung am Dienstanfang, aber auch für die Bewerber/innen ohne Stelle negativ.

Wieder einmal haben sich die öffentlichkeitswirksam angekündigten, angeblich sehr guten Einstellungs-chancen nicht bestätigt. Die Erwartung führte aber dazu, dass sich Bewerber/innen regional weniger flexibel bewarben. Das ist für eine gleichmäßige Unterrichtsversorgung in der Fläche kontraproduktiv und verzerrt die Einstellungschancen.

Doro Moritz,  
GEW-Landesvorsitzende